

Erzgeb. Volksfreund.

Tageblatt für Schneeberg und Umgegend.

Kollegium: Adressen.
Hofmeister Schneeberg.

Verleger:
Schneeberg 21.
Jahr 28.
Schneeberg 19.

Amtsblatt für die königl. und städtischen Behörden in Aue, Grünhain, Gartenstein, Johanns-
georgenstadt, Löhntz, Neustädtel, Schneeberg, Schwarzenberg und Wildenfels.

Nr. 289

Donnerstag, 12. Dezember 1895.

48.
Jahrgang

Freitag und Sonnabend, den 13. und 14. Dezember 1895
werden wegen Reinigung der Gerichtskalkulation nur dringliche Sachen expediert.
Schneeberg, den 9. Dezember 1895.

Königliches Amtsgericht.
Müller.

Öffentliche Sitzung der Stadtverordneten
zu Schneeberg.

Donnerstag, den 12. December 1895, Abends 6 Uhr.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

In der gestrigen Sitzung des Reichstags wurde die
Etablierung fortgesetzt. Nachdem der Abg. Richter seine
bei dieser Gelegenheit seit Jahren eifrig Reden gehalten hatte,
ergriff der Reichstagskanzler Fürst Hohenlohe das Wort
zu folgender interessanter Auslassung: Ich bin geneigt, auf
eine gestrige Aeußerung Kardorff's zu antworten. Er hat der
Regierung den Vorwurf des Mangels an Einheitslichkeit gemacht.
Ich wundere mich, daß ein solcher Mann auf das Verstehe der
Zeitungen eingeht, daß die Minister sich gegenseitig bekriegen.
Gegenüber den Zeitungsartikeln über die Einheitslichkeit der
Regierung kommt es hauptsächlich auf das Ziel und die Rich-
tung an. Ziel und Richtung der Politik sind in dem Pro-
gramm, mit dem ich im Vorjahre mein Amt antrat, festgelegt.
Darin hat sich nichts geändert und die Minister sind nach wie
vor damit einverstanden. In seinem Punkte ist eine Abwei-
chung davon erfolgt, und der Mangel an Einheitslichkeit ist also
in das Gebiet der Legende zu verweisen. Meinungsverschie-
denheiten finden überall da statt, wo Menschen sich zu gemein-
samer Arbeit vereinigen. Wir, die Minister, suchen die Mei-
nungsverschiedenheiten in friedlicher Weise auszugleichen. Auch
das Axiom von Kellers ist nicht ausschließ-
lich auf Meinungsverschiedenheiten zur-
zuführen. Es ist veranlaßt durch Mißbillig-
keiten, die sich an die Meinungsverschieden-
heiten knüpfen. Ich kann aber zu meinem Be-
dauern nicht sagen, worin diese Mißbillig-
keiten bestehen. Nur muß ich bemerken, daß
weder die Frage der Maßregel gegen die
sozialdemokratischen Vereine Berlins, noch
auch die anderen genannten Gründe dazu An-
laß gegeben haben. Es waren lediglich Miß-
billigkeiten. Wenn der Regierung Mangel an kräftiger
Initiative vorgeworfen wird, so möchte ich doch bemerken, daß
eine solche nur mit einem Reichstage gemacht werden kann,
der eine geschlossene Mehrheit aufweist. Das ist bis jetzt bei
uns nicht der Fall, wo zahlreiche Interessen, die sich geltend
machen, den Gang der Regierung erschweren. Deswegen ge-
achtet werden wir fortzufahren, so wie Herr von Kardorff es wünscht,
Ruhe und Ordnung und Wohlhabenheit zu überden. Wir werden
fortfahren, die gegen die Staats- und Gesellschaftsordnung, Re-
ligion und Monarchie gerichteten Bestrebungen zu bekämpfen.
Der Versuch, diese Bestrebungen im Wege der Reform, des gemein-
nen Rechts zu bekämpfen, ist mißlungen. Ich komme darauf nicht
zurück. Auch habe ich nicht die Absicht, dem Reichstage ein
neues Gesetz vorzulegen. Allein der ruhige Bürger bedarf
des Schutzes, und es ist nötig, daß die Gesetze,
welche bestehen und geeignet sind, Gefahren
abzuwenden, zur Anwendung kommen. (Singer:
Aber auch gegen alle Parteien!) Selbstverständlich aber müssen
die Gesetze auch genügen. Wenn sich die sozialdemokratische
Partei und Preiss, setzt der Redner fort, darüber beklagt, so
mache ich darauf aufmerksam, daß sie selbst daran schuld ist.
Sie und die Presse hat in diesem Sommer, wo die deutsche
Nation sich erinnert an die großen Errungenschaften und
Siege des Jahres 1870/71, wo sie mit Dank und Stolz des
ehrenwürdigen Kaisers gedenkt, dessen Muth und Weisheit wir
die Gründung des deutschen Reiches verdanken (Beifall), diese
nationale Bewegung mit Hohn und Spott be-
grüßelt (Zustimmung), getreu dem Grundsatz ihres
Führers, daß das Vaterland in unserem Sinne
ein reaktionärer Kulturmüßiger Begriff ist.
Ich beschränke mich auf dieses Citat. Es genügt, um zu
zeigen, welcher Geist diesen Angriffen zu Grunde liegt. Das
war der Anlaß, daß sehr oft die Frage erörtert wurde: wie
lange soll das noch fortgehen? Die Sozialdemokraten dür-
fen nicht vergessen, daß die Grundzüge, welche in ihrem System
liegen, Kommunismus und Atheismus, nicht den Eindruck
wissenschaftlicher Erdichtung machen. Wir müssen darin eine
kulturfürderliche Vaterlandsliebe festhalten sehen. Es giebt bei
uns doch noch Gesetz und Gerechtigkeit. Wir leben nicht in
einem Raubstaat. Das Gefühl der Sicherheit wird dadurch
verletzt, wenn in solcher Weise vorgegangen wird. Wenn wir
dagegen die Fägel etwas strenger angezogen haben, so haben wir
dabei die Zustimmung vieler Kreise auf unserer Seite. (Beifall.)
Berlin, 10. Dezbr. Die Reichstagskammer beim Land-
gericht I hat in Strafsachen gegen die sozialistische Vereine
wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz auf Antrag der
Staatsanwaltschaft beschlossen, gegen die beschuldigten Vorstände
Anklage zu erheben und die vom Polizeipräsidenten angeordnete
vorläufige Schließung der Vereine bis auf Weiteres
aufrecht zu erhalten.

Frankreich.

In garstiger Weise hat ein Theil der französischen
Monarchisten und Clerikalen unter Führung des ehemaligen
boulangerischen Deputirten de la Haye den Versuch gemacht,
dem Privatleben des Präsidenten der Republik, Herrn Felix
Faure, einen Mord anzuhängen. Der „Figaro“ veröffentlicht
nunmehr unter der Signatur Hugues de Royz einen offenbar
auf die Initiative des Elysee zurückzuführenden Artikel zur
Entgegnung auf die Gerüchte, welche an ein Verbrechen in der
Familie des Präsidenten der Republik glauben machen möch-
ten. Die Geschichte, welche das Blatt erzählt, ist nach seiner
Ansicht ein Grund, den Angegriffenen noch mehr zu verzeihen,
und geeignet, die Herzen aller rechtschaffenen Leute zu röhren.
„Figaro“ erzählt darauf Folgendes: Im März 1841 he-
iratete ein Fräulein Guinot, welche in Amboise wohnte, einen
Anwalt Namens Bellot. Die Heirath fand unter Festsetzung
der Gütergemeinschaft statt. Bellot that sich das Vertrauen
der Eltern und verließ vier Monate nach der Heirath, am
15 Juli 1841, sein Haus, nachdem er außer der Wittig
seiner Gattin ihm anderwärts Fonds beschwendet hatte. Sie-
ben Monate nach der Verlassung gebar Frau Bellot ein
Mädchen, welches eines Tages die Gemahlin des Präsidenten
der Republik werden sollte. Sie hatte die Scheidung im Mo-
nat Januar erlangt und verzögerte im Jahre 1842 auf jede
Wiedererstattung aus der Gütergemeinschaft. Die kleine Tochter
wurde in dem Hause ihres Onkels Charles Guinot, welcher
Ratier von Amboise war, zusammen mit den Söhnen desselben
erzogen. „Figaro“ erzählt ferner, daß Felix Faure zu der Zeit,
als er in Amboise arbeitete, dem Fräulein Guinot begegnet sei
und die Absicht gehabt habe, sie zu heirathen. Die Eltern theil-
ten zwar dem Bewerber, bevor sie ihre Zustimmung gaben, die
Thatsachen der Vergangenheit mit, dieser erklärte jedoch, daß
er einer unschuldigen Person Verzeihen nicht zur Last legen könne,
welches von Anderen vor deren Geburt bezugnehmend worden sei,
und daß zärtliche Liebe diese Ungerechtigkeiten wieder gut
machen solle. Dies ist das Geheimniß, welches die Feinde
des Präsidenten zu veröffentlichen drohten. „Figaro“ sagt
hinzu, daß Letztere sich täuschten, und eine solche Handlung,
die er noch als einfacher Bürger begangen habe, Felix Faure
in hohem Grade ehre. Auch die anderen Blätter aller Schat-
trungen, besonders die radikalen und sozialistischen, veröffent-
lichten in der Angelegenheit des Präsidenten Artikel gleichen
Inhalts und protestirten mit Entrüstung gegen diesen Ver-
dächtigungsbildung gegen Faure, dessen Verhalten bei seiner
Verheirathung das eines ebenso rechtschaffenen als ungelieb-
lichen Mannes war.

Paris, 10. Dezember. Der Stinckstoffkongress wurde
heute eröffnet. Loubet als Präsident bewillkommnete die deut-
schen und englischen Delegirten und zeigte dann die Ziele aus-
einander. Graf Ribbentrop wird dasselbe vom deutschen Stand-
punkt aus thun. Am Abend findet zu Ehren der fremden
Delegirten ein Banket statt.

Italien.

Die italienischen Blätter widmen dem Unglück, das
der Armee Baratieris in Cythra zugefallen ist, patriotische
Beiträge. Man ist bestrebt, die Lage als nicht zu ge-
fahrlich hinzustellen, sondern derselben mit kaltem Blute zu
begegnen. Das Gesetzt bei Amida Alabji dauerte von 6 Uhr
Morgens bis 4 Uhr Nachmittags. 900 Mann vom Ba-
tallion Toffelli scheinen todt zu sein; 10 Offiziere sind jeden-
falls gefallen. Die Gefangenen wurden von den Abessinern
nicht, wie sonst wohl vorgekommen sein möchte, verführt,
sondern als Geiseln zurückgehalten, um für alle Fälle gute
Friedensbedingungen zu erzwingen. Die „Agenzia Stefani“
meldet: Das Bataillon bestand aus 1200 Eingeborenen,
20 italienischen Offizieren und 40 italienischen Unter-
offizieren nebst einer Batterie Gebirgsartillerie. Von Major
Toffelli, 17 Offizieren seines Bataillons und 900 Afrikaner
fehlen Nachrichten. Selbst wenn die Schoner auf Rakas
vorrücken sollten, so ist dieser Platz doch so gut besetzt,
daß er der ganzen Armee des Regus widerstehen könnte.
Makale ist für 3 Monate mit Munition und Lebensmitteln
versehen. — König Humbert stattete dem Ministerpräsidenten
Crispi, der wegen seines leichten Unwohlseins das Zimmer
hütet, einen Besuch ab, um mit ihm über die Nachrichten aus
Africa zu berathen. Die „Tribuna“ und die „Italia mili-
tara“ erklären, der Ministerrath sei darüber einig, dem Ge-
neral Baratier die notwendigen Mittel zu einem raschen
und energischen Vorgehen zu gewähren, um ein für alle Mal
zu einem glücklichen Ende zu gelangen.

England.

London, 10. Dezember. Nach einer Meldung des
„Reuter'schen Bureaus“ aus Konstantinopel ist Said Pascha
gestern Abend in seine Wohnung zurückgekehrt.

Türkei.

Konstantinopel, 10. Dezember. Der Minister des
Aeußeren theilte heute den Botenposten mit, daß der Sul-
tan den Ferman, betreffend die Zulassung der
zweiten Stationschiffe, unterzeichnet habe.
Konstantinopel, 10. Dezember. Heute Abend 5 Uhr
ist das Fracht für die Durchfahrt der zweiten Stationschiffe
erschienen.

Russen.

Schanghai, 10. Dezember. (Reuter-Meldung) Das
russische Geschwader des Stillsen Ozeans überwintert dieses
Jahr in der Bai von Kantschu (Halbinsel Schantung).

Aus Sachsen.

Dresden, 10. Dezember. In ihrer heutigen Sitzung
trat die zweite Kammer zunächst in die allgemeine Vorber-
athung über das königl. Dekret Nr. 16, den Anlauf
der königl. Preussischen Eisenbahnstrecke
Bittau-Mitwitz und der Altenburg-Teich-
Bretzenbahn betreffend, ein. Es sprachen dazu die Abg.
Hähnel, Volk, Kollusch, Stolle-Gesau. Es Excellenz der
Herr Staatsminister v. Bahrdorf erwiderte bezüglich auf
verschiedene von diesen Rednern geltend gemachte Bedenken.
Das Dekret wurde an die Finanzdeputation B verwiesen.

Hierauf folgte die allgemeine Vorberathung über den
sozialdemokratischen Antrag des Abg. Fetschdorf und Genossen
auf Einführung des allgemeinen Wahlrechts bei
den Landtagswahlen und Aufhebung des Landtags-
wahlgesetzes.

Der Antrag lautet: „Die Kammer wolle beschließen, die
Regierung zu ersuchen, nach diesem Landtage einen Ge-
setzentwurf vorzuschlagen, durch welchen das allgemeine, gleiche
und direkte Wahlrecht mit geheimer Abstimmung für alle
Staatsangehörigen vom 21. Lebensjahre ab zur Einführung
gelangt und das Gesetz vom 3. Dezember 1868, die Wahlen
für den Landtag betreffend, aufgehoben wird.“

Abg. Stolle-Gesau begründet den Antrag. Redner führte
u. a. aus: Es ist eine Prinzipienfrage, eine Frage des Rechtes,
welche unseren Antrag zeltigte. Die Wahl ist noch allen
mir zu Gebote gestandenen Autoritäten ein Akt der Freiheit.
Wir verlangen, daß innerhalb eines Staates die Masse des
Volkes das Recht der Wahl haben soll. Die Staaten haben
sich diesem Verlangen nicht auf die Dauer entziehen können.
Unser jetziges Wahlrecht kann niemals ein richtiges Bild in
der Kammer entstehen lassen, weil eine große Menge vom
Wahlrechte ausgeschlossen sind. Es sind über 50 Prozent der
gesammten Wählerschaft. (Heiterkeit.) Wenn das Wahl-
recht ein gerechtes sein soll, so müssen allerdings die jetzt von
der Wahl Ausgeschlossenen mit abstimmen dürfen. Die jetzt
Ausgeschlossenen versprechen ja auch ihr Blut für das Wohl
des Vaterlandes, schon das genügt, ihr Recht zur Wahl nach-
zuweisen. Ein altes Sprichwort sagt: Wo ich mit ihnen soll,
will ich auch mit ihnen! — Es ist ein vertriebenes Volk des
Volkes, bei der Gesetzgebung mitzusprechen, bei dem jetzt be-
stehenden Wahlgesetz kann es dies nicht. Der vorliegende
Kultusminister Dr. von Gerber hat ausgesprochen, daß alle
sich an der Wahl beteiligen sollten, daß alle die gleiche
Stellung bei Ausübung des Wahlrechts einnehmen. Dieses
Recht wird dem Volke noch entzogen. Das Neue an des
Sache ist, daß man, weit entfernt, sich den Anforderungen des
Dr. v. Gerber anzuschließen, wie die „Wacht“ mittheilt, das be-
stehende Wahlrecht immer mehr zu verkleinern sucht. Ich bin
neugierig darauf, wie sich die Regierung dazu stellen wird.
Bezüglich unseres Antrages wird die Regierung zunächst er-
klären: wir können das nicht, das Volk ist noch zu unreif,
die Leidenschaften werden ausgewählt sein. Auf dieses hin
muss ich erklären, daß das nicht zutrifft bei der Intelligenz
unseres Volkes. Demnach wären ja auch die Millionen und
Millionen, welche zur Volksbildung ausgegeben werden, nutz-
los hinausgeworfen. Das Gegentheil beweisen aber die Re-
krutierungslisten und andere statistischen Mittheilungen. Sie
werden sagen, das Volk wird zur Anarchie von uns ver-
föhrt. Die Justiz weiß noch, daß in Sachen die aller-
wenigsten Vergehen gegen Eigentum und das Leben vor-
kommen. Das allgemeine Wahlrecht ist ein Verlangen, das
in allen Ländern gestellt wurde. Die Frage wird niemals
verstimmen. Kein Parlament wird sich derselben verschließen
können. Wenn Sie uns heute abweisen, so werden wir wieder-
kommen. Suchen Sie uns außer Landes zu bringen, Sie werden
damit nichts erreichen. Mit uns das Volk, mit uns der Stig!
Abg. Dr. Rehnert-Dresden: Es ist recht schön von
Herrn Abg. Stolle, daß er in so warmen Worten die Kur-
fernung von Dr. v. Gerber sprach. Auch wir bewahren ihm
ein dankbares Andenken, aber er kann doch nicht dastehen, daß
ihn Herr Abg. Stolle falsch verstanden hat. Herr Abg.